

EU-MONITORING

Fokus: EU-Ratspräsidentschaft

Stand: Januar 2024

Inhalt

Diese Fokusaussage des EU-Monitorings stellt die gemeinsamen und eigenen Schwerpunktthemen sowie die konkreten gesellschaftspolitischen Vorhaben der Trio-Präsidentschaft Spanien – Belgien – Ungarn 2023/24 vor.

⇒ [Triopräsidentschaft Spanien – Belgien – Ungarn](#)

⇒ [Spanische Ratspräsidentschaft](#) (1. Juli bis 31. Dezember 2023)

⇒ [Belgische Ratspräsidentschaft](#) (1. Januar bis 30. Juni 2024)

Einführung

Die EU-Ratspräsidentschaft wechselt unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rotationsprinzip alle sechs Monate.

Sie hat vor allem die folgenden **drei Aufgaben** ([weitere Informationen](#)¹):

1. Leitung und Moderation der Treffen und Arbeiten des Europäischen Rates, des Rates der Europäischen Union und weiterer rund 200 Ausschüsse und Arbeitsgruppen.
2. Vertretung der Mitgliedstaaten im Rat in den Beziehungen zu anderen EU-Institutionen, vor allem der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament.
3. Repräsentation der Europäischen Union auf internationaler Ebene gemeinsam mit der Kommission.

¹ Manchmal sind Links geschützt. Sollte die direkte Verlinkung nicht funktionieren, kopieren Sie den folgenden Link direkt in Ihren Browser: <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/presidency-council-eu/>

Trio-Präsidentschaft Spanien – Belgien – Ungarn 2022/23

Im Folgenden werden die **Schwerpunktthemen, konkrete gesellschaftspolitische Vorhaben und relevante Auszüge aus dem Achtzehnmonatsprogramm des Rates vom 1. Juli 2023 bis 31. Dezember 2024 vorgestellt:**

Schwerpunktthemen

1. „Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis: Das europäische Zukunftsmodell, hier auch Prüfung der Erweiterung der sozialen Dimension des Europäischen Semesters,
2. Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten, hier auch Achtung und Schutz der gemeinsamen Werte der EU sowie Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und geschlechtsbezogene Gewalt,
3. Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas, hier auch wirksame Umsetzung des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte sowie Einsatz für Inklusion,
4. Förderung der Werte und Interessen Europas in der Welt.“

Konkrete gesellschaftspolitische Vorhaben

- Am 1. August 2023 hat die Trio-Präsidentschaft eine [Erklärung zur Geschlechtergleichstellung](#)² abgegeben.
- Prüfung der weiteren Entwicklung der sozialen Dimension im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) (S. 3),
- Besonderer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern, Gewalt gegen Frauen und geschlechtsbezogener Gewalt sowie auf Hetze und Hassverbrechen, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz (S. 5),
- Umsetzung des [Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte](#)³ und des [Aktionsplans der Kommission für die Sozialwirtschaft](#) (S. 7),
- Bestrebungen junger Menschen sollen in den Mittelpunkt der europäischen Politik gestellt und dabei Menschen mit geringeren Chancen besondere Beachtung geschenkt werden (S. 7).

² Geschützter Link: https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/media/pfthuepj/declaration-on-gender-equality_en.pdf

³ Für eine ausführliche Darstellung der europäischen Säule sozialer Rechte und ihres Aktionsplans siehe auch [Newsletter 1/2022 der Beobachtungsstelle: Für ein starkes soziales Europa: Die europäische Säule sozialer Rechte und ihr Aktionsplan](#).

Auszug aus dem Programm

Das europäische Zukunftsmodell (S. 3):

- „Ferner wird [der Dreivorsitz] die weitere Entwicklung der sozialen Dimension im Rahmen des Europäischen Semesters prüfen.“

Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten: (S. 5):

- „Die gemeinsamen Werte, die unseren demokratischen und gesellschaftlichen Modellen zugrunde liegen, sind das Fundament für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa. Das **Rechtsstaatsprinzip** mit seiner zentralen Rolle in allen unseren Demokratien ist ein wichtiger Garant dafür, dass diese Werte gut geschützt werden; es muss von allen Mitgliedstaaten und von der EU umfassend geachtet werden.“
- „Der Dreivorsitz ist der Auffassung, dass ein besonderer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern, **Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifischer Gewalt** sowie auf **Hetze und Hassverbrechen**, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz gelegt werden sollte.“

Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas (S. 7):

- „Der Dreivorsitz wird seine Bemühungen um eine wirksame Umsetzung des **Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte** und des **Aktionsplans der Kommission für die Sozialwirtschaft** fortsetzen.

Besondere Aufmerksamkeit wird die Suche nach Möglichkeiten zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, erhalten.

Der Dreivorsitz wird sich auf den Ausbau einer fairen Arbeitskräftemobilität in der Union, auf den Zugang zum Sozialschutz und zum Schutz der Arbeitnehmer sowie auf die **Gewährleistung von Gesundheit, Sicherheit, Inklusivität und Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz** konzentrieren. Er wird im Einklang mit der neuen Initiative der Kommission zur psychischen Gesundheit dem Thema Stress und Burnout am Arbeitsplatz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Er wird sich für **Inklusion** einsetzen, indem er insbesondere die Integration besonders schutzbedürftiger oder von Ausgrenzung bedrohter Gruppen erleichtert. Außerdem wird der Dreivorsitz die Beratungen über die Initiative der Kommission zum EU-Behindertenausweis voranbringen.“

- „Der Dreivorsitz wird sich dafür einsetzen, den europäischen Kultur- und Kreativsektor anzukurbeln, [...] [und] wird die Bestrebungen **junger Menschen** in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellen und dabei den Menschen mit geringeren Chancen besondere Beachtung schenken.“

Spanische Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2023)

Im Folgenden werden Schwerpunktthemen, konkrete gesellschaftspolitische Vorhaben sowie weitere relevante Auszüge aus dem offiziellen Programm „Europe, closer“⁴ vorgestellt und mit einem aktuellen Stand zum Ende der Ratspräsidentschaft ergänzt:⁵

Schwerpunktthemen

1. „Die EU reindustrialisieren und ihre offene strategische Autonomie garantieren (S. 6),
2. Fortschritte beim grünen Übergang und bei Umwelтанpassungen machen (S. 7),
3. Mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit fördern (S. 8), und
4. Die europäische Einheit stärken (S. 9).“

Konkrete gesellschaftspolitische Vorhaben und Status Quo (Dezember 2023)

- **Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** (S. 27, 42),
 - ⇒ Die EU befindet sich aktuell weiterhin in Verhandlungen zu dieser Richtlinie. Am 8. März 2022 hatte die Kommission einen **Vorschlag** eingebracht. Das Parlament begrüßt den Vorschlag und möchte ihn noch weiter stärken, während der Rat der EU einige weitreichende Änderungen fordert. Größter Streitpunkt ist die vom Rat geforderte Streichung einer EU-weiten Definition von Vergewaltigung.⁶
- **Weiterführung der Verhandlungen über die Kommissionsvorschläge zu Strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen) und zur EU-weiten Anerkennung von Elternschaft** (S. 27),
 - ⇒ Am 30. November 2023 haben der spanische Ratsvorsitz und das Parlament eine Einigung über die EU-Richtlinie zum **Schutz von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen** erzielt. Die Richtlinie sieht insbesondere

⁴ Geschützter Link: <https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/media/e4ujaagg/the-spanish-presidency-programme.pdf>

⁵ Das Programm wurde von der Beobachtungsstelle aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.

⁶ Siehe ausführlich zur Richtlinie und den Stand der Verhandlungen das [EU-Monitoring im Fokus](#) (Stand: November 2023) der Beobachtungsstelle.

die Bekämpfung von strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung, so genannten SLAPP-Klagen, vor ([Pressemitteilung](#)⁷).

- ⇒ Am 14. Dezember 2023 hat das Parlament die Parlamentsposition zur **europaweiten Anerkennung von Elternschaft** angenommen ([Pressemitteilung](#)). Zuvor hatte der Rechtsausschuss (JURI) am 7. November 2023 eine Meinung zum Thema bestätigt ([Pressemitteilung](#)).
- **Annahme einer Ratserklärung, um den Kampf gegen Kinderarmut⁸ voranzubringen und das Kinderschutzsystem zu deinstitutionalisieren** (S. 42),
 - ⇒ Am 3. November 2023 einigten sich die nationalen Koordinator*innen der Kindergarantie zur Deinstitutionalisierung des Kinderschutzsystems und zu Anstrengungen, die Kinderarmut zu reduzieren ([Pressemitteilung](#)).
- **Selbstverpflichtung, den Zugang zu allen sexuellen und reproduktiven Rechten zu garantieren**; besondere Bedeutung wird hier der Förderung von Sexualaufklärung in Erziehungs- und öffentlichen Gesundheitssystemen beigemessen (ebd.),
 - ⇒ Am 28. September 2023 hat im Rahmen der spanischen EU-Ratspräsidentschaft eine Konferenz zur **Garantie von sexuellen und reproduktiven Rechten** in Europa stattgefunden ([Programm](#)).

Regierungsvertreter*innen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Slowenien, Schweden und Spanien haben eine gemeinsame [Erklärung](#) unterzeichnet.
- Voranbringen der **geschlechtsbezogenen Lohngleichheit**, der Garantie eines **Rechts auf Pflege und Betreuung** für alle Menschen und der [Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung](#)⁹; hier auch Annahme einer Ratsschlussfolgerung zu **Pflege** und einer Ratserklärung zur **Erhöhung der Betreuung für Kinder und Jugendliche** (ebd.),
 - ⇒ Die spanische Ratspräsidentschaft hat Ratsschlussfolgerungen zum **Übergang von Pflegesystemen für jedes Alter zu holistischen, personenzentrierten und**

⁷ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/30/council-and-eu-parliament-reach-provisional-agreement-on-eu-law-protecting-journalists-and-human-rights-defenders/>

⁸ Ziel einer Kindergarantie der Europäischen Union ist die Bekämpfung von Kinderarmut, indem allen Kindern europaweit qualitativ hochwertige Dienstleistungen effektiv und kostenlos zugänglich gemacht werden. Zu diesen Leistungen zählen unter anderem Erziehung, Bildung, Ernährung und Wohnen. Hierzu wurde am 14. Juni 2021 eine [Empfehlung](#) durch die EU-Mitgliedstaaten angenommen. Die Beobachtungsstelle stellt in einer [Hintergrundinformation](#) die Entwicklung der Kinderarmut in der EU und die Kindergarantie als europäisches Instrument zu dessen Bekämpfung ausführlich vor.

⁹ Siehe auch [Hintergrundinformation der Beobachtungsstelle zur Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung](#).

gemeinschaftsbasierten Unterstützungsmodellen mit einer Geschlechterperspektive (en) entworfen und eine grundsätzliche Einigung dazu erzielt.

- Weiterarbeit am Entwurf für eine Richtlinie zu **Standards für Gleichstellungsstellen** im Bereich der Gleichbehandlung
 - ⇒ Am 12. Dezember 2023 hat der spanische Ratsvorsitz mit dem Parlament eine vorläufige Einigung über eine neue Richtlinie zu **Standards für Gleichstellungsstellen** erzielt ([Pressemitteilung](#)¹⁰).
- **Besonderes Augenmerk auf Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025 und des EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020–2025**¹¹ (S. 43).
 - ⇒ 2023 erfolgte eine Halbzeitüberprüfung der LGBTIQ-Strategie, um die Lage von LGBTIQ*-Personen in der EU zu bewerten. Hierfür wurde im April 2023 ein [Fortschrittsbericht](#) der Kommission vorgelegt und von August bis September 2023 eine [öffentliche Konsultation](#) durchgeführt.
 - ⇒ Am 27. November 2023 hat der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) Bilanz zum EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025 gezogen und insbesondere über strukturellen Rassismus und unrechtmäßiges *racial profiling* gesprochen. Nationale Maßnahmen und Aktionspläne sollen diese Probleme angehen ([Pressemitteilung](#)¹²).

Auszug aus dem Programm

Wahrung der Werte der Europäischen Union und Anpassung der justiziellen Zusammenarbeit an die Herausforderungen der Digitalisierung (S. 27):

- „Justizsysteme im 21. Jahrhundert müssen zugänglich, effizient, nachhaltig und den demokratischen Werten und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet sein. Die Spanische Ratspräsidentschaft möchte ein modernes Justizsystem im Dienste der EU Bürger*innen konsolidieren, in dem **Gleichheit ein leitendes Prinzip** ist und soziale und geografische Zusammengehörigkeit durch digitale Transformation geschaffen wird.“
- „In strafrechtlichen Fragen wird die Präsidentschaft sich darauf konzentrieren, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur [...] **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** [...] abzuschließen.“

¹⁰ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/12/standards-for-equality-bodies-council-strikes-deal-with-parliament/>

¹¹ Siehe auch [Hintergrundinformation der Beobachtungsstelle zur Union der Gleichheit](#).

¹² Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2023/11/27-28/>

- „In zivilrechtlichen Fragen wird die Priorität bei **missbräuchlichen Klagen gegen Journalist*innen und Verteidiger*innen der Menschenrechte** liegen. Die Ratspräsidentschaft wird [zudem] Verhandlungen über die Vorschläge zu **Eltern-Kind-Beziehungen** [...] weiterführen.“

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Angelegenheiten von Verbraucher*innen (40ff.):

- „**Mit dem Ziel, Europa sozialer, feministischer, grüner und demokratischer zu machen**, stehen die arbeitspolitischen Prioritäten der spanischen Ratspräsidentschaft im Einklang mit der **europäischen Säule sozialer Rechte** [...] [Die Agenda umfasst hier] drei zentrale Themen: sozialer Dialog, angemessene Arbeit und die Sozialwirtschaft.“

Sozialwirtschaft (S. 41):

- „Die spanische Ratspräsidentschaft wird eng mit der Kommission zusammenarbeiten, um die Aktivitäten, die im neuen **Aktionsplan für die Sozialwirtschaft** festgehalten sind, aufzunehmen und die Annahme des Vorschlags für eine Ratsentschließung zur Ausarbeitung und Umsetzung sozialwirtschaftlicher Strategien zu ermöglichen.“
 - ⇒ Am 9. Oktober hat der EPSCO-Rat getagt. Die zuständigen Minister*innen haben sich unter anderem auf eine **Empfehlung zur Entwicklung der Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft** geeinigt ([Pressemitteilung](#)¹³).

Soziale Dimension des Europäischen Semesters (S. 41):

- „Um die soziale Dimension des wirtschaftlichen Rahmens des **Europäischen Semesters** zu fördern, werden wir den Start des Rahmens für soziale Ungleichheiten unterstützen, um Indikatoren einzuführen, mit denen mögliche soziale Ungleichheiten erkannt und korrigiert werden können. Dies soll von der Kommission zum ersten Mal bereits im nächsten Zyklus des Europäischen Semesters im Herbst 2023 angewendet werden.“
 - ⇒ Am 27. November 2023 hat der EPSCO-Rat das Herbstpaket zum Europäischen Semester durch die Kommission zur Kenntnis genommen. Im gemeinsamen Beschäftigungsbericht soll erstmals in der Länderanalyse Arbeitsmarktlage, Kompetenzen und soziale Entwicklungen mit Blick auf soziale Aufwärtskonvergenz diskutiert werden. Angenommen wird der Bericht im März 2024 ([Pressemitteilung](#)¹⁴).

¹³ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/social-economy-council-recommends-member-states-tap-its-full-potential/>

¹⁴ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2023/11/27-28/>

Europäischer Behindertenausweis (S. 41):

- „Mit Blick auf den Anspruch, eine EU zu festigen, die allen Bürger*innen dient, wird die spanische Ratspräsidentschaft die höchste Priorität auf die Annahme eines EU Behindertenausweises legen, der gleichen Zugang zu Sozialleistungen in Europa garantiert.“
 - ⇒ Am 27. November 2023 hat der Rat seine Verhandlungsposition zur Richtlinie zur Einführung eines europäischen Behindertenausweises festgelegt ([Pressemitteilung](#)¹⁵).

Kindergarantie (S. 42):

- „Die [Europäische Kindergarantie](#) ist ein zentrales Instrument, um den [Aktionsplan der Europäischen Säule sozialer Rechte](#) umzusetzen und den Prozentsatz der EU Bevölkerung, die mit Armutsrisiken und sozialer Exklusion lebt, zu reduzieren. Deshalb wird die spanische Ratspräsidentschaft an der Annahme einer Ratserklärung arbeiten, um den Kampf gegen Armut voranzubringen und das Kinderschutzsystem zu deinstitutionalisieren.“

Betreuung und Pflege (S. 42):

- „[...] die Ratspräsidentschaft wird daran arbeiten, die Zustimmung zu den Entschlüssen zu personenzentrierter und gemeindenaher Pflege, so wie die Ratserklärung zur Erhöhung der Betreuung für Kinder und Jugendliche zu erreichen.“

Geschlechtergleichstellung (S. 42f.):

- „[...] Im legislativen Bereich wird die Ratspräsidentschaft den [Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt](#) und den Vorschlag für eine Überarbeitung der [Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer](#) voranbringen.“
- „Darüber hinaus wird sich die Ratspräsidentschaft entschieden verpflichten, Zugang zu allen **sexuellen und reproduktiven Rechten** zu garantieren, um sicherzustellen, dass Europäer*innen alle Entscheidungen über ihr Sexualleben mit Freiheit, Vertrauen und Sicherheit treffen können. Besondere Bedeutung wird hier der Förderung von **Sexualaufklärung** in Erziehungs- und öffentlichen Gesundheitssystemen beigemessen.“
- „Wir werden außerdem **gleiche Bezahlung** und die Garantie eines **Rechts auf Pflege und Betreuung** für alle Menschen fördern – mit besonderer Aufmerksamkeit auf die Sichtbarkeit, Anerkennung und vor allem Verteilung und gemeinsamer Verantwortung von Sorgearbeit. Zudem soll die [Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung](#)¹⁶

¹⁵ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/27/european-disability-card-travelling-across-the-eu-to-become-easier-for-persons-with-disabilities/>

¹⁶ Siehe auch [Hintergrundinformation der Beobachtungsstelle zur Strategie](#).

vorangebracht werden, nachdem die entsprechenden Empfehlungen angenommen wurden.“

- „Darüber hinaus werden wir uns für ein Europa einsetzen, das sich für **Gleichbehandlung und Chancengleichheit** einsetzt und **alle Formen von Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung bekämpft**. Unser Ziel ist es, dieses Problem in allen Politikbereichen anzugehen und diesen Kampf zu einem wesentlichen Pfeiler des europäischen Wertebestands zu machen. Wir werden besonders auf die Umsetzung der [Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025](#) und des [EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020–2025](#) achten.“¹⁷
- „Die Ratspräsidentschaft wird am [Entwurf für eine Richtlinie zu Standards für Gleichstellungsstellen](#) im Bereich der Gleichbehandlung arbeiten und versuchen mit diesem die Prinzipien der Gleichbehandlung zwischen Menschen unabhängig von ihrer Religion oder Glaubensangehörigkeit, Alter oder sexueller Orientierung durchzusetzen.“

Bildung und demokratische Werte (S. 47):

- „Bildung spielt eine wichtige Rolle darin, aktive Bürger*innenschaft zu ermöglichen, die essenziell für die Lebenskraft unserer Demokratie auf nationaler und EU-Ebene ist. Deshalb wird die Ratspräsidentschaft Ratsentschlüssen zum Beitrag von **Bildung zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Werte und demokratischer Bürger*innenschaft** fördern.“
 - ⇒ Am 23. November 2023 hat der Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (BJKS) die [Ratsentschließung zum Beitrag von Bildung und Ausbildung zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Werte und demokratischer Bürger*innenschaft](#) beschlossen ([Pressemitteilung](#)¹⁸).

Jugend (S. 47):

- „Die Ratspräsidentschaft wird besondere Aufmerksamkeit auf das Thema **psychische Gesundheitsprobleme** bei jungen Menschen legen.“
 - ⇒ Am 23. November 2023 hat der BJKS-Rat die Schlussfolgerung [zu einem umfassenden Ansatz für die psychische Gesundheit junger Menschen in Europa](#) angenommen.

¹⁷ Siehe hierzu auch [Hintergrundinformation der Beobachtungsstelle zur Union der Gleichheit](#).

¹⁸ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/23/common-european-values-and-democratic-citizenship-the-role-of-education-and-training-in-the-spotlight/>

- „Die [EU-Jugendstrategie 2019–2027](#) ist ein zentrales Instrument um die Herausforderung, mit denen dieser zentrale Teil unserer Bürger*innenschaft konfrontiert ist, anzugehen. Mit dem Ziel die Strategie zu stärken und die Zukunft junger Menschen im Herz des europäischen Projektes zu platzieren, wird die spanische Ratspräsidentschaft die europäischen Instrumente für junge Menschen stärken.“
 - ⇒ Am 23. November 2023 hat der BJKS-Rat die Schlussfolgerungen zur [Förderung der durchgängigen Berücksichtigung der Jugend in politischen Entscheidungsprozessen in der Europäischen Union](#) angenommen.

Die Ratspräsidentschaft hat zudem eine [Übersicht und kurze Zusammenfassung ihrer Veranstaltungen im Bereich Sozialschutz und Inklusion](#) erstellt.

Belgische Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2024)

Im Folgenden werden die **Schwerpunktthemen, konkrete gesellschaftspolitische Vorhaben und relevante Auszüge aus dem offiziellen Programm „Schützen, stärken, vorausschauen“** vorgestellt:

Schwerpunktthemen

1. Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Einheit (S. 3),
2. Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit (S. 4),
3. Es wird ein grüner und gerechter Übergang angestrebt (S. 4),
4. Verstärkung unserer Sozial- und Gesundheitsagenda (S. 5),
5. Schutz von Menschen und Grenzen (S. 6) und
6. Förderung eines Globalen Europas (S. 6).

Konkrete gesellschaftspolitische Vorhaben

- Voranbringen der laufenden Arbeit an der [Richtlinie zur Einführung eines europäischen Behindertenausweises](#), an der [Gleichbehandlungsrichtlinie](#) und an den Richtlinienvorschlägen zu Mindeststandards für Gleichbehandlungsstellen ([Verfassungsgrundlage Artikel 157 AEUV](#) und [Verfassungsgrundlage Artikel 19 AEUV](#)) (S. 30),
- Einsatz für die [Europäische Kindergarantie](#) zur Bekämpfung von europaweiter Kinderarmut¹⁹ und für die Rechte von LGBTIQ+-Personen, wie in der [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020–2025](#)²⁰ dargelegt (S. 31),
- Weitere Konsolidierung der [europäischen Säule sozialer Rechte](#)²¹ und Arbeit an einer interinstitutionellen Erklärung für neue legislative und nicht-legislative Initiativen für einen gerechten, umweltfreundlichen und digitalen Wandel und zur Unterstützung neuer Strategien zur Verwirklichung von Chancengleichheit, Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung (S. 31),
- Erleichterung der Diskussionen zum Rahmen der Gleichstellungspolitik, der Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, der Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und des Empowerments von Frauen sowie des Gender-Mainstreamings, unter anderem durch die Beseitigung des Gender Pension Gap (S. 31),

¹⁹ Siehe ausführlich Fußnote 8.

²⁰ Siehe ausführlich Fußnote 11.

²¹ Siehe ausführlich Fußnote 3.

- Voranbringen einer Entschließung des Rates zu einer Jugendarbeitsagenda (S. 53) und Durchführung der Halbzeitbewertung der [EU-Jugendstrategie 2019–2027](#) (S. 54).

Auszug aus dem Programm

Union der Gleichheit:

- „Wie immer wird das Ziel darin bestehen, eine **europäische Gesellschaft** zu fördern, die **inklusive, geschlechtergerechter und fairer für alle** ist“ (S. 29).
- „Der belgische Vorsitz wird sich dafür einsetzen, die **Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Relevanz von Statistiken** in Schlüsselbereichen wie Beschäftigung und Soziales, lebenslanges Lernen, **Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung** sowie Sozialwirtschaft zu verbessern“ (S. 30).
- „Im Hinblick auf die [nächste strategische Agenda 2024–2029](#)²² [des Rates der EU] wird ein Hauptziel des belgischen Vorsitzes darin bestehen, die **europäische Säule der sozialen Rechte zu konsolidieren**. Der Vorsitz wird auf eine interinstitutionelle Erklärung hinarbeiten, die in La Hulpe unterzeichnet werden soll, neue legislative und nicht-legislative Initiativen ermitteln, die für einen gerechten, umweltfreundlichen und digitalen Wandel erforderlich sind, und wird **ehrgeizige neue Strategien zur Verwirklichung von Chancengleichheit, Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung unterstützen**“ (S. 31).
- „Darüber hinaus wird sich der Vorsitz weiterhin für die Umsetzung der Empfehlungen des Rates über ein angemessenes Mindesteinkommen, zur [Europäischen Garantie für Kinder](#) und zu den Bemühungen der [Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit](#) einsetzen“ (S. 31).
- „Der belgische Vorsitz wird die Diskussionen über den **strukturellen Rahmen der Gleichstellungspolitik, die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, die Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und des Empowerments von Frauen sowie das Gender-Mainstreaming, unter anderem durch die Beseitigung des Gender Pension Gap** (geschlechtsspezifische Rentenlücke), erleichtern“ (S. 31).
- „Der Vorsitz wird sich auch auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen konzentrieren und ihre Maßnahmen mit der [Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030](#) abstimmen“ (S. 31).
- „Er wird sich auch weiterhin für die Rechte von LGBTIQ+-Personen einsetzen, wie in der [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020–2025](#) dargelegt“ (S. 31).

²² Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/strategic-agenda-2024-2029/>

- „Schließlich wird der Vorsitz die Umsetzung der [Aktionspläne gegen Rassismus](#) weiterverfolgen“ (S. 31).

Jugend (S. 53/54):

- „Er [der belgische Vorsitz] wird die Jugendstrategien überprüfen und verfeinern, einschließlich einer Entschließung des Rates zu einer [Jugendarbeitsagenda](#)“ (S. 53).
- „Die Einbeziehung und Beteiligung aller jungen Menschen sind entscheidende Voraussetzungen für eine gut funktionierende Gesellschaft. In diesem Zusammenhang beabsichtigt der Vorsitz, an den Schlussfolgerungen des Rates zur inklusiven Gesellschaft für junge Menschen zu arbeiten“ (S. 54).
- „Der Vorsitz hat sich verpflichtet, den Vorschlag für einen [EU-Jugendtest/-check](#) weiterzuverfolgen (...) Mit diesem Instrument werden die Auswirkungen neuer Vorschläge auf die europäische Jugend bewertet, um sicherzustellen, dass junge Menschen bei der Gestaltung der EU-Politik berücksichtigt werden“ (S. 54).
- „Der Vorsitz plant auch die Verabschiedung der Entschließung des Rates zur „Politik der Jugendarbeit in einem neuen Europa““ (S. 54).
- „Der Vorsitz wird außerdem eine Halbzeitbewertung der [EU-Jugendstrategie 2019–2027](#) durchführen (...) Außerdem soll er die europäische und internationale politische Agenda für Kinder, Jugendliche und Kinderrechte bewerten und aktualisieren“ (S. 54).
 - ⇒ Alle Initiativen und Veranstaltungen zum Thema Jugend sind auf der Webseite euyouth2024.be (en) zusammengestellt.

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt der Beobachtungsstelle.

EU-MONITORING

Fokus: EU-Ratspräsidentschaft

Wenn Sie das EU-Monitoring per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Organisation an: **beobachtungsstelle@iss-ffm.de**